

Markus Dufner
Geschäftsführer des Dachverbands der
Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre



**Rede auf der Hauptversammlung der E.on AG
am 5. Mai 2011**

- Es gilt das gesprochene Wort. –

Sehr geehrter Aufsichtsrat, sehr geehrter Vorstand,
sehr geehrte Aktionärinnen und Aktionäre!

Mein Name ist Markus Dufner. Ich bin Geschäftsführer des Dachverbands der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre. Ich vertrete 30 Mitgliedsorganisationen sowie eine größere Zahl von Bürgerinitiativen und Kleinaktionären, die sich für Nachhaltigkeit, Umweltschutz und soziale Rechte einsetzen. Der Dachverband wurde 1986 gegründet, aber die Herausforderungen, denen er sich gegenüber sieht, sind im 25. Jahr unseres Bestehens nicht kleiner geworden – und dies auch wegen der Energiekonzerne.

Herr Teysen, bisher hat E.on nicht gegen das Atom-Moratorium geklagt. Ein guter Entschluss, den der Dachverband der Kritischen Aktionäre ausdrücklich begrüßt. Ihr Kollege von RWE, Herr Großmann, musste wegen seiner Klage gegen die vorläufige Stilllegung von Biblis viel Prügel einstecken, um die Sie erst einmal herum kommen.

Mit einer Klage gegen die Brennelemente-Steuer warten Sie zunächst noch ab.

1. Bitte erklären Sie uns Aktionärinnen und Aktionären heute noch einmal Ihre Gründe für den Verzicht im einen Fall und das Abwarten im anderen Fall?

Sie halten einen Atomausstieg vor dem Jahr 2025 für unrealistisch. Vor ein paar Tagen haben Sie in einem Interview mit dem Handelsblatt gesagt:

"Ich kann mir nicht vorstellen, dass ein Ausstieg vor 2025 mit Blick auf Klimaziele und volkswirtschaftliche Konsequenzen realistisch ist."

Damit widersprechen Sie den Vorstellungen der schwarz-gelben Koalition, die nach der Atom-Katastrophe von Fukushima endlich Schritte zum Atomausstieg in Betracht zieht. Die Bundesregierung erwägt eine Abkehr vom bisherigen System der Reststrommengen und die Festlegung auf ein Ausstiegsdatum. Nach dem geltenden Verfahren hätten die Reaktoren die Mengen frei verbrauchen können – nun geht es um einen Ausstieg bis zum Jahr 2020.

2. Meine Frage: Wie sieht das Konzept von E.on aus, sollte es dazu kommen?

Der Dachverband der Kritischen Aktionäre und seine Mitgliedsorganisationen haben einen Gegenantrag eingebracht. Darin fordern wir von E.on ein deutliches Bekenntnis zur Energiewende. Deutschlands größter Energiekonzern muss jetzt den möglichst raschen Ausstieg aus der Atomkraft in Deutschland umsetzen und stattdessen verstärkt in erneuerbare Energien investieren. Das bedeutet aber nicht, dass E.on neue Atomkraftwerke in England und Finnland baut. Wir vom Dachverband sehen in der Atomkraft keinen Beitrag zum Klimaschutz.

3. Meine Frage: Warum setzt E.on, warum setzen Sie, Herr Teyssen, nach den Katastrophen von Harrisburg, Tschernobyl und Fukushima weiter auf Atomkraft?

Wenn es um Atomenergie geht, bringt E.on das Klimaschutzargument an. Tatsächlich jedoch plant und baut unser Unternehmen allein in Deutschland drei neue Kohlekraftwerke – in Datteln, Wilhelmshaven und Großkrotzenburg. Sie werden nach Inbetriebnahme jährlich mehr als 18,5 Millionen Tonnen CO₂ emittieren. Herr Teyssen, auch mit Ihrer Kohlepolitik blockieren Sie die Energiewende und leisten keinen Beitrag zum Klimaschutz.

Um die Auswirkungen des Klimawandels zu verringern, hat sich E.on 2010 zu einer beschleunigten CO₂-Reduktion verpflichtet. E.on hat versprochen, die spezifischen CO₂-Emissionen seines europäischen Erzeugungsportfolios (gegenüber dem Referenzjahr 1990) bis 2020 zu halbieren (zehn Jahre früher als ursprünglich geplant).

4. Meine Frage: Herr Teyssen, stehen Sie auch angesichts eines schnelleren Atomausstiegs noch zu diesem Versprechen?

5. Nennen Sie konkrete Zahlen: Wie hoch sind die Emissionen von CO₂ und anderer klimaschädlicher Gase bei E.on 2010? Welche Werte streben Sie beim Ausstoß klimaschädlicher Gase 2012, 2015 und 2020 an?

Bis vor kurzem hat sich E.on noch für eine Laufzeit-Verlängerung von Atomkraftwerken ausgesprochen. Jetzt suchen Sie, Herr Teyssen, Ihr Atom-Heil im Ausland und im Inland fällt Ihnen nicht viel mehr ein als der Ausbau der Kohlekraft. Für diesen Kurs den Slogan „Cleaner and better energy“ – „Sauberere und bessere Energie“ – zu erfinden, ist pures Greenwashing. Damit täuschen Sie nicht nur uns Aktionäre, sondern die gesamte Öffentlichkeit über die wahren Absichten des Konzerns.

E.on hat in den letzten Jahren kaum in erneuerbare Energien investiert – das weist auch die jüngste Studie des Berliner Instituts für Ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) nach, die von Greenpeace in Auftrag gegeben wurde.

6. Meine Frage: Werden die Summen, die E.on für erneuerbare Energien ausgeben will, bei einem schnelleren Ausstieg aus der Atomkraft höher sein als bisher geplant? Bitte nennen Sie die geplanten Investitionssummen für die Jahre 2012, 2015 und 2020.

Bedenken gibt es auch wegen der billigen Steinkohle, die E.on aus Kolumbien importiert. Den Preis für die günstige Steinkohle zahlen Mensch und Umwelt in Kolumbien. Ein Großteil der vier Millionen Tonnen kolumbianischer Kohle bezieht E.on aus den Tagebauen des Unternehmens Cerrejón. Der überwiegende Teil der Abbaufäche liegt im Siedlungsgebiet der Wayúu. Diese indigene Bevölkerung ist nach Informationen von Menschenrechtsorganisationen nie konsultiert worden, wie es die ILO-Konvention 169 vorschreibt.

7. Meine Frage: Herr Teyssen, ist Ihnen dieser Vorwurf bekannt? Warum gab es keine Konsultation?

Die Situation der direkt bei Cerrejón angestellten Mitarbeiter kann zwar als durchaus akzeptabel angesehen werden. Doch mehr als die Hälfte der Arbeiter werden von Leihfirmen gestellt. Deren Situation ist ungleich prekärer. Dies unterstreicht ein tragischer Unfall aus dem Jahr 2010, bei dem vier Arbeiter getötet und mehrere Arbeiter schwer verletzt worden sind.

8. Meine Frage: Was ist E.on davon bekannt?

Herr Teyssen, E.on wurde 2010 auf die Probleme hingewiesen. Unser Unternehmen hat einräumen müssen, dass – Zitat – „es in der Vergangenheit in der Tat problematische Bedingungen für die Anwohner und Mitarbeiter der Cerrejón-Mine gab“. Mittlerweile aber erfülle

Correjón „die Kriterien bezüglich Einhaltung der Menschenrechte, Arbeitssicherheit und Umweltschutz-Standards bereits zu einem großen Teil“.
(E.on-Sprecherin Julia Harms gegenüber der Zeitung „Die Korrespondenten“).

Selbst diese wohlwollende Annahme entspricht nicht den E.on-Richtlinien.

9. Meine Frage: Was wird E.on tun, damit die Kriterien für Menschenrechte, Arbeitssicherheit und Umweltschutz-Standards vollständig – und nicht nur zu einem großen Teil – eingehalten werden?

Meine Damen und Herren, auf der Grundlage der genannten Fakten beantragt der Dachverband der Kritischen Aktionäre, den Vorstand der E.on AG nicht zu entlasten.

Damit komme ich zum Gegenantrag zum Tagesordnungspunkt 4: Entlastung des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2010

Der Aufsichtsrat der E.on AG hat es versäumt, den Vorstand bei der Einhaltung konzernerneigener Richtlinien und Prinzipien des UN Global Compact, auf die sich die E.on AG verpflichtet hat, zu überwachen. Auf seiner Homepage stellt E.on sich als sozial und ökologisch verantwortungsbewusstes Unternehmen dar. Einleitend heißt es auf der Internetseite zum Management von Unternehmensverantwortung (Corporate Responsibility Management):

„Wir verstehen unsere gesellschaftliche Verantwortung als einen der zentralen Werte der Unternehmenskultur von E.ON und haben klar umrissene Richtlinien eingeführt, um sie im Konzern zu verankern. Diese Richtlinien haben konzernweite Geltung. Dies schließt Einzelgesellschaften, an denen wir die Mehrheit der Anteile halten, ebenso ein wie Prozesse und Teilhaberschaften, in denen E.ON operative Verantwortung trägt. Auch unsere Vertragspartner und Lieferanten sind aufgefordert, unsere Mindeststandards zu erfüllen, wenn sie in unserem Auftrag tätig sind.“

(www.eon.com/de/responsibility/29226.jsp)

Auf ihrer Internetseite nennt die E.on AG auch ihre Grundsätze für verantwortungsvolle Beschaffungspolitik:

- Anerkennung der Menschenrechte
- Sicherstellung angemessener Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiter
- Minimierung der Umweltbelastungen
- Anwendung hoher ethischer und moralischer Geschäftsstandards

Bei der Betrachtung der Global Compact Initiative fällt auf, dass E.on gegen Punkte der freiwillig unterzeichneten Erklärung verstößt:

Unternehmen, die den Global Compact unterschreiben, sollen

1. die international verkündeten Menschenrechte respektieren und ihre Einhaltung innerhalb ihrer Einflussphäre fördern.
2. sicherstellen, dass sie nicht bei Menschenrechtsverletzungen mitwirken.
3. die Rechte ihrer Beschäftigten, sich gewerkschaftlich zu betätigen, respektieren sowie deren Recht auf Kollektivverhandlungen effektiv anerkennen.
4. alle Formen von Zwangsarbeit bzw. erzwungener Arbeit ausschließen.

10. Meine abschließende Frage: Was wird der Aufsichtsrat tun – Sie, Herr Hartmann als scheidender Vorsitzender dieses Gremiums und Sie, Herr Wenning, als voraussichtlich neuer Vorsitzender – was werden Sie tun, damit das E.on-Management nicht weiter gegen die genannten Punkte des Global Compact verstößt?